

Bericht an den Finanzausschuss des  
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Executive Summary

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur  
Mag. Andreas Ittner, Vize-Gouverneur  
Oesterreichische Nationalbank

Sitzung am 16. März 2017

# Bericht an den Finanzausschuss des Parlaments gem. NBG § 32 (5)

## **Der EZB-Rat behält seinen geldpolitischen Kurs bei**

- Seit der letzten Berichterstattung an den Finanzausschuss des Parlaments wurde der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität (d.h., die geldpolitischen Leitzinsen) unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. –0,40 % belassen.
- In seiner geldpolitischen Sitzung am 8. Dezember 2016 setzte der EZB-Rat fest, dass die Wertpapierkäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im Umfang von monatlich 80 Mrd EUR bis Ende März 2017 fortgesetzt werden. Von April 2017 bis Ende Dezember 2017 werden die Ankäufe im Umfang von monatlich 60 Mrd EUR erfolgen. Zusätzlich zum Neuerwerb von Vermögenswerten werden die Tilgungszahlungen fällig werdender Wertpapiere reinvestiert. Diese geldpolitischen Sondermaßnahmen wurde vom EZB-Rat am 9. März 2017 bestätigt.
- Um die weitere reibungslose Umsetzung der Ankäufe von Vermögenswerten durch das Eurosystem sicherzustellen, hat der EZB-Rat zudem beschlossen, ab Jänner 2017 (i) die Mindestrestlaufzeit von im Public Sector Purchase Program (PSPP) zugelassenen Wertpapieren von zwei Jahren auf ein Jahr zu verringern und (ii) die APP-Wertpapierankäufe mit einer unter dem Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB liegenden Rückzahlungsrendite (wenn nötig) zu erlauben. Dabei gilt für alle Länder eine Bevorzugung von Vermögenswerten mit einer Rendite oberhalb des Einlagesatzes. Dies bedeutet, dass das Ankaufvolumen von Wertpapieren mit einer Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität von Land zu Land variieren kann.
- Im Rahmen des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3), des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) werden keine Wertpapiere erworben, deren Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität liegt.
- Seinen expansiven Kurs der Geldpolitik wird der EZB-Rat in jedem Fall so lange fortsetzen, bis er eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht.
- In den letzten Monaten kam es zwar zu einem deutlichen Anstieg der HVPI-Inflationsraten im Euroraum, nämlich von durchschnittlich 1,1 % im Dezember 2016 auf 2,0 % im Februar 2017. Dieser Anstieg ist jedoch ausschließlich auf die volatilen Komponenten des HVPI zurückzuführen und dabei hauptsächlich durch die Energiepreise getrieben. Seitdem sich die Erdölproduzenten im November 2016 auf eine Reduktion der Fördermenge geeinigt haben, und dieser Deal – zumindest den jüngsten Daten zufolge – zu halten scheint, schwankt der Rohölpreis etwas über 55 USD und damit um rund 10 USD über dem Niveau von Sommer/Herbst 2016. Dieser Energiepreiseffekt führt derzeit zu steigenden Inflationsraten, wird aber nur vorübergehend wirken und – nach derzeitigem Wissensstand – keine Auswirkungen auf die mittelfristige Preisentwicklung haben.
- Diese Einschätzung wird auch dadurch bekräftigt, dass die Kerninflationsrate (HVPI exklusive Energie und unverarbeiteter Nahrungsmittel) unverändert niedrig bei 0,9 % liegt.

- Die jüngste Prognose des EZB-Staff zur durchschnittlichen Inflationsentwicklung im Euroraum wurde am 9. März 2017 vorgelegt. Sie erwartet eine jährliche Inflation von 1,7% für 2017, 1,6% für 2018 und 1,7% für 2019. Auch darin drückt sich die vorübergehende Natur dieses nach oben gerichteten Energiepreiseffekts aus, der keine Änderung der geldpolitischen Ausrichtung rechtfertigen würde.

### **Weltwirtschaft: Leichte Erholung für 2017 und 2018 bei unverändert hohen Abwärtsrisiken**

- Nach einem herausfordernden Jahr 2016 gehen sowohl der IWF als auch die Europäische Kommission von einer moderaten Erholung des Weltwirtschaftswachstums in den Jahren 2017 und 2018 aus. Die wiederholten Abwärtsrevisionen der globalen Wachstumsprognosen im Vorjahr scheinen vorerst beendet und die rezenten Prognosen liegen nahezu unverändert bei 3,4% für 2017 und 3,6% für 2018.
- Das Wachstum der Industriestaaten, welches 2016 nur 1,6–1,7% betragen hatte, sollte sich 2017 auf 1,9–2,0% bzw. 2018 auf 2,0% verbessern. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt von den verbesserten Wachstumsaussichten für die USA im Jahr 2017 getrieben; laut Prognosen von IWF und Europäischer Kommission sollte das Wachstum durch die erwarteten fiskalischen Stimuli auf 2,3% ansteigen. Unterschiedliche Prognosen gibt es hinsichtlich der Entwicklung der US-Wirtschaft für das Jahr 2018. Während der IWF in seiner Prognose vom Jänner für 2018 von einem Wachstum von 2,5% ausgeht, prognostiziert die Europäische Kommission im Februar im Hinblick auf eine straffere Geldpolitik und einen stärkeren Dollar ein geringeres Wachstum von 2,2%.
- Die Prognosen für Entwicklungs- und Schwellenländer liegen mit 4,5% für das laufende Jahr und 4,8% für das kommende Jahr deutlich über den erwarteten Wachstumsraten für 2016 (4,0–4,1%). Langsam steigende Rohstoffpreise sowie eine verstärkte Nachfrage aus den Industriestaaten stützen diese Entwicklung.
- Die globalen Unsicherheiten und Abwärtsrisiken werden von allen Prognoseinstituten nach wie vor als hoch eingeschätzt. Die Unsicherheiten bezüglich der Neuausrichtung der US Wirtschafts- und Handelspolitik, die Folgen des Brexit, aber auch die geopolitischen Unruhen und die Unsicherheiten in Bezug auf die zukünftige Entwicklung Chinas stellen schwer vorhersehbare, negative Risiken dar.

### **Euroraum: Anhaltende Erholung des Wirtschaftswachstums, Inflation steigt im Februar auf 2,0%**

- Laut Eurostat ist das reale BIP im Euroraum im vierten Quartal 2016 um 0,4% gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Aktuelle Stimmungsindikatoren deuten auf eine weitere Belebung des Wachstums hin. Erste Vorabschätzungen der PMI<sup>1</sup> für Februar 2017 signalisieren deutliche Anstiege in der Geschäftstätigkeit im Dienstleistungsbereich und der Industrie. Der Produktionsindex erreicht im Februar mit 56,0 Punkten ein Fünfjahreshoch, ggü. 54,4 Punkten im Jänner. Auch der ESI<sup>2</sup> hat sich zu Jahresbeginn 2017 weiter verbessert und lag im Februar nach einem minimalen Rückgang gegenüber Jänner (–0,2) bei 108,0 Punkten

<sup>1</sup> Die *Purchasing Managers' Index (PMI)* sind eine Serie von Indikatoren über die wirtschaftliche Lage, welche auf monatlichen Befragungen privatwirtschaftlicher Unternehmen beruhen.

<sup>2</sup> Der *Economic Sentiment Indicator (ESI)* stellt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage dar, und setzt sich aus dem Vertrauen in die Industrie, die Dienstleistungen, die Verbraucher, das Baugewerbe und den Einzelhandel zusammen.

- und damit höher als in den entsprechenden Vorjahresmonaten und auch höher als im vierten Quartal 2016.
- Die Prognose des EZB-Staff von 9. März 2017 erwartet für das Gesamtjahr 2017 im Euroraum ein reales BIP-Wachstum von 1,8 %, im Jahr 2018 von 1,7 % und 2019 von 1,6 %.
  - Die Wachstumsszahlen auf Länderebene sind nach wie vor sehr heterogen. Positive Wachstumssignale kamen insbesondere aus Deutschland (0,4 % gegenüber dem Vorquartal), das sich von der Wachstumsdelle im dritten Quartal erholen konnte, aber auch aus Frankreich (0,4 %), wo die wirtschaftliche Erholung in den vergangenen zwei Quartalen nur schwach bis gar nicht voranschritt. Daneben zeigt sich die Wirtschaft in Spanien und der Slowakei weiterhin robust (0,7 % bzw. 0,8 %). Ebenso wiesen die baltischen Staaten Quartalswachstumsraten von über einem Prozent aus. Zu einem leichten Abschwung kam es hingegen in Portugal und den Niederlanden (0,6 % bzw. 0,5 %). Eine nennenswerte wirtschaftliche Erholung Italiens scheint sich nicht abzuzeichnen; das Wachstum gegenüber dem dritten Quartal lag bei nur 0,2 %. Deutlich angespannter zeigt sich die Lage in Griechenland, wo die Wirtschaft im vierten Quartal 2016 um 1,2 % schrumpfte. Noch im dritten Quartal verbesserte sich das Wirtschaftswachstum auf 0,6 %.
  - Die anhaltende Erholung spiegelt sich auch in der Entwicklung der Arbeitslosenquote im Euroraum wider, die im Jahr 2016 von 10,4 % im Jänner auf 9,6 % im Dezember gesunken ist. Während der Rückgang der Arbeitslosigkeit – nach den Höchstständen im Jahr 2013 – im Sommer kurzzeitig zum Erliegen kam, sank die Arbeitslosenquote in den Herbstmonaten weiter um 0,4 Pp. Die Europäische Kommission erwartet in ihrer rezenten Prognose für 2017 eine Arbeitslosenquote von 9,6 % und für 2018 einen weiteren Rückgang auf 9,1 %.
  - Auf Länderebene wichen nur Italien und Zypern von dieser Entwicklung ab – beide Länder wiesen in der zweiten Jahreshälfte steigende Arbeitslosenquoten auf.

### **Anhaltend robustes Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE)**

- Trotz einer moderaten Wachstumsabschwächung gegenüber 2015 wuchsen die EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) im Jahr 2016 mit durchschnittlich 3,2 % deutlich stärker als der Euroraum. Das Wachstumsdifferenzial betrug etwa 1,5 Prozentpunkte.
- Das Wachstum wurde vor allem von einer robusten Entwicklung des privaten Konsums getragen, der von steigenden Reallöhnen und einer deutlichen Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten profitierte. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der CESEE-Region sank im Dezember 2016 auf 6 % und damit auf einen langjährigen Tiefststand.
- Die Konjunktur wurde allerdings von einer schwächeren Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen. Diese litt vor allem unter dem Ende der Auszahlungen von EU-Mitteln aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2007–2013 mit Ende 2015. Bauinvestitionen waren hiervon besonders betroffen.
- Mittelfristig wird ein Wachstum von etwa 3 % für die Region erwartet. Das Wachstumsdifferenzial zu den westeuropäischen Ländern bleibt damit auch in den kommenden Jahren deutlich positiv.

## Österreich: Wirtschaft startet vielversprechend ins Jahr 2017

- Die österreichische Wirtschaft hat im Laufe des Jahres 2016 deutlich an Dynamik gewonnen und befindet sich zu Jahresbeginn 2017 auf einem stabilen Wachstumspfad. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose für die ersten beiden Quartale 2017 ein Wachstum des realen BIP von 0,6 % bzw. 0,5 % (jeweils zum Vorquartal).
- Die Industriekonjunktur hat gegen Jahresende weiter an Fahrt gewonnen. Besonders dynamisch entwickelte sich dabei der Automobilsektor. Positive Signale für die Industrie kommen vom Einkaufsmanagerindex der Bank Austria – der zu Jahresbeginn den höchsten Wert seit knapp sechs Jahren erreichte – und von den Auftragseingängen.
- Die Bauwirtschaft war gut in das Jahr 2016 gestartet, hatte jedoch im Jahresverlauf an Schwung verloren. Der Vertrauensindikator für die Bauwirtschaft entwickelt sich hingegen seit zwei Jahren kontinuierlich nach oben. Dies lässt gemeinsam mit dem starken Anstieg der Baubewilligungen zumindest im Hochbau auf eine Beschleunigung der Dynamik schließen.
- Die Investitionstätigkeit war im Jahr 2016 neben dem privaten Konsum die wichtigste Konjunkturstütze. Die österreichischen Unternehmen haben ihre Ausrüstungsinvestitionen – in erster Linie Fahrzeuginvestitionen – kräftig ausgeweitet (+6,0%). Im Laufe des Jahres 2016 war jedoch bereits eine Abnahme der Dynamik zu beobachten. Für das erste Halbjahr 2017 ist von dieser Seite daher mit schwächeren Impulsen zu rechnen.
- Die privaten Haushalte haben ihre Einkommenszuwächse infolge der im Jänner 2016 in Kraft getretenen Steuerreform teilweise bereits für eine Ausweitung ihrer Konsumausgaben genutzt. Ein Teil des Einkommenszuwachses wurde aber gespart. Davon ausgehend ist auch in den kommenden Monaten noch mit positiven Impulsen für den privaten Konsum zu rechnen. Dieser Effekt wird aber sukzessive auslaufen.
- Die österreichischen Güterexporte zeigten vor dem Hintergrund eines schwachen Welthandels in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 eine vergleichsweise verhaltene Entwicklung. Der OeNB-Exportindikator sowie die Auslandsauftragseingänge lassen aber eine deutliche Beschleunigung der Dynamik mit Jahresbeginn erwarten. Der Tourismus war im Jahr 2016 eine Stütze der Dienstleistungsexporte. Die Zahl der Nächtigungen von ausländischen Gästen nahm um 4,1 % zu und erreichte mit 102,8 Mio. einen neuen Rekordwert.
- Die Arbeitsmarktdaten spiegeln die aktuelle Konjunkturerholung wider. Die Gesamtbeschäftigung, die Beschäftigung in der Industrie sowie die Anzahl der Vollzeitstellen und geleisteten Arbeitsstunden legen an Dynamik zu und zeigen, dass die Erholung der Konjunktur am Arbeitsmarkt angekommen ist. Angesichts des kräftigen Wachstums des Arbeitskräfteangebots verharrt die Arbeitslosigkeit jedoch auf dem aktuell hohen Niveau.
- Die österreichische HVPI-Inflationsrate stieg im Jänner 2017 auf 2,1 % (Dezember 2016: 1,6%). Der Großteil dieser Dynamik geht auf den Anstieg der Energiepreise zurück. Im Rahmen der aktuellen OeNB Inflationsprognose vom März 2017 wird für das Jahr 2017 eine HVPI-Inflationsrate von durchschnittlich 2,0 % erwartet. Die in den letzten Monaten beobachtete Beschleunigung der HVPI-Inflationsrate wird sich nicht weiter fortsetzen. 2017 bleibt die Inflationsentwicklung weitgehend stabil. Ausschlaggebend für das relativ hohe Niveau der Inflationsrate im Jahr 2017 ist in erster Linie die Rohstoffpreisentwicklung. Binnenwirtschaftliche Faktoren bleiben vergleichsweise schwach.

- Bei österreichischen Wohnimmobilien war im dritten Quartal 2016 eine weitere leichte Beruhigung des Preisauftriebs zu verzeichnen. Die Wohnimmobilienpreise sanken österreichweit um 0,9% gegenüber dem Vorquartal, das stellt den zweiten Rückgang in Folge dar (Q2: 2,4%).
- Im Jahresabstand ist im dritten Quartal jedoch aufgrund der Preisanstiege in den Vorquartalen ein Anstieg um 7,2% zu verzeichnen (Q2: +9,5%). In den Bundesländern ohne Wien war die Dynamik mit +9,5% deutlich stärker als in Wien (+2,5%).
- Das Wachstum der Wohnbaukredite an private Haushalte hat sich um den Jahreswechsel 2016/17 beschleunigt und erreichte im Jänner 5,9% (2016: +4,5%). Der Fremdwährungsanteil an den ausstehenden Wohnbaukrediten sinkt kontinuierlich und kam im November 2016 bei 18% zu liegen. Der im internationalen Vergleich sehr hohe Anteil variabel verzinsten Kredite an der gesamten Neukreditaufnahme ist ebenfalls stark rückläufig und lag im Dezember 2016 bei 50,4%. Im Jahr 2015 lag er noch bei 74%.

### **IWF überprüft Österreichs Wirtschaftspolitik**

- Im Abschlussbericht 2016 zu den im Dezember 2016 stattgefundenen Art.IV-Konsultationen<sup>3</sup> des IWF wird die Wirtschaftslage Österreichs als positiv und stabil bewertet. Risiken werden durch externe Faktoren gesehen, v.a. langsames globales Wachstum sowie den möglichen Zuwachs an niedrigzins-bedingten Risikoprämien. Der IWF empfiehlt Österreich ein umfassendes Struktur- und Fiskalreformpaket, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Staatsschulden zu reduzieren.
- Die nächsten Art. IV Konsultationen des IWF mit Österreich werden vom 19.-29. Juni 2017 stattfinden.

### **IWF: Österreich erneuert bilateralen Kredit**

- Im Kontext der Finanzkrise und der mangelnden IWF-Ressourcenausstattung stellt die OeNB seit 2013 dem IWF ein bis 22. September 2017 begrenztes bilaterales Darlehen iHv 6,13 Mrd. Euro bereit. Die Gewährung dieser Kreditlinie erfolgte gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten (insgesamt ca. 180 Mrd. Euro) sowie anderen Nicht-EU-Staaten (iHv ca. 170 Mrd. Euro), wurde aber nie gezogen.
- Auf Ersuchen des IWF wird diese Kreditlinie im Einklang mit EU Entwicklungen bis längstens 2020 erneuert. Der Vertrag wird bei der IWF Frühjahrstagung unterschrieben.

### **EU: Weißbuch zur Zukunft Europas**

- Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Römischen Verträge legte die Europäische Kommission am 1. März 2017 ein *Weißbuch* vor: „Zur Zukunft Europas: Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27“, welches von J.C. Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, vorgestellt wurde.
- Das Weißbuch beschreibt fünf Szenarien, wo die EU im Jahr 2025 stehen könnte:

<sup>3</sup> Für weiterführende Informationen siehe „Austria: Staff Concluding Statement of the 2016 Article IV Mission“: <http://www.imf.org/en/News/Articles/2016/12/13/MCS12-13-2016-Austria-Staff-Concluding-Statement-of-the-2016-Article-IV-Mission>.

- Szenario 1: „Weiter so wie bisher“
- Szenario 2: „Konzentration auf Schwerpunkt Binnenmarkt“
- Szenario 3: „Wer mehr will, tut mehr“
- Szenario 4: „Weniger, aber effizienter“
- Szenario 5: „Viel mehr gemeinsames Handeln“
- Nächste Schritte: Gipfel in Rom am 25. März 2017 zur Zukunft der EU 27; EK erarbeitet im Lauf der nächsten Monate Reflexionspapiere zu Themen wie soziale Dimension, Globalisierung, EU Budget, gemeinsame Verteidigung und Vertiefung der WWU.

### **Anpassungsprozesse österreichischer Banken spiegeln sich in externen Risikoeinschätzungen wider**

- Der IWF beurteilte im Rahmen seiner Artikel-IV-Konsultation im Dezember 2016 den österreichischen Finanzsektor als stabil, strich aber hervor, dass große Banken über geringere Kapitalpuffer als Vergleichsbanken anderer Länder verfügen und dieser Abstand abgebaut werden sollte. Die graduelle Einführung des Systemrisikopuffers sieht der IWF als geeignete Maßnahme, um die Kapitalisierung der Banken weiter zu stärken. Die Risiken in Zusammenhang mit der Immobilienfinanzierung werden vom IWF als begrenzt angesehen, dennoch sollten die Arbeiten an einer präventiven gesetzlichen Verankerung neuer makroprudenzieller Instrumente im Immobilienbereich beschleunigt werden.
- Die Aussagen der Europäischen Kommission zu Österreichs Bankensektor<sup>4</sup> decken sich im Wesentlichen mit den OeNB-Einschätzungen. Demgemäß tragen die makroprudenziellen Aktivitäten in Österreich<sup>5</sup> zu einer höheren Risikotragfähigkeit des Bankensektors bei. Zwar ist das Fremdwährungskreditvolumen, das von österreichischen Banken in Österreich und im CESEE-Raum vergeben wurde, rückläufig, stellt aber weiterhin eine Herausforderung für Banken und Kreditnehmer dar. Bezüglich der Aktivitäten österreichischer Banken in CESEE führt die Europäische Kommission die Verbesserungen der Refinanzierung, Kreditqualität und Profitabilität an, dennoch belasten politische und wirtschaftliche Entwicklungen das operative Umfeld in einzelnen Ländern.
- Die Ratingagentur Fitch hat das „AA+“-Rating der Republik Österreich bestätigt und schätzt den Ausblick für den österreichischen Bankensektor v.a. aufgrund von Restrukturierungsfortschritten und positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich und CESEE weiterhin als stabil ein. Die Reduktion des Exposures der österreichischen Banken gegenüber CESEE führe zwar laut Fitch zu einer höheren Ertragsstabilität und einem stärkeren Österreich-Fokus, gleichzeitig bleibe die Profitabilität durch das geringe Wachstumspotenzial und schwache Margen am Heimatmarkt unter Druck.

### **Geringere Risikovorsorgen für verbesserte Profitabilität der österreichischen Banken maßgeblich**

- Der österreichische Bankensektor war auch 2016 mit einem schwachen Wirtschaftswachstum, anhaltend niedrigen Zinsen und Zinsmargen sowie politi-

<sup>4</sup> Für weiterführende Informationen siehe „Country Report Austria 2017“: [https://ec.europa.eu/info/file/96785/download\\_en?token=K50sAlfW](https://ec.europa.eu/info/file/96785/download_en?token=K50sAlfW)

<sup>5</sup> Insbes. Systemrisikopuffer, Andere Systemrelevante Institute-Puffer, Hinweis des Finanzmarktstabilitätsgremiums zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für makroprudenzielle Instrumente im Bereich der Immobilienfinanzierung

schen Unsicherheiten in einigen CESEE-Ländern konfrontiert. Die konsolidierte Profitabilität des österreichischen Bankensektors hat sich im dritten Quartal 2016 im Vorjahresvergleich leicht verbessert: Der Gewinn stieg im Jahresvergleich um 0,1 Mrd EUR auf 4,5 Mrd EUR. Dieser Anstieg war allerdings nicht auf ein besseres operatives Ergebnis zurückzuführen, sondern auf eine weitere Reduktion der Risikovorsorgen (-71 % yoy – bereinigt um UniCredit Bank Austria aufgrund der Übertragung des CESEE-Geschäfts an ihre italienische Mutter).

### **Deutlicher Rückgang von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten**

- Seit der Empfehlung der Finanzmarktaufsicht (FMA) vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne Einkommen in der jeweiligen Fremdwährung zu vergeben, hat sich das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen gegenüber privaten Haushalte und nichtfinanziellen Unternehmen wechsellkursbereinigt um knapp 63 % auf 25,5 Mrd EUR (Dezember 2016) reduziert.
- Dennoch bleiben die Risiken aus Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten weiterhin hoch. Rund drei Viertel der Fremdwährungskredite an private Haushalte stehen in Verbindung mit einem Tilgungsträger. Eine Mitte 2016 von der OeNB in Kooperation mit der FMA durchgeführte Umfrage über Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite ergab, dass die Deckungslücke per Ende 2015 rund 29 % des ausstehenden Volumens der Tilgungsträgerkredite bzw. rund 6,2 Mrd EUR betrug. Angesichts der bestehenden Risiken empfiehlt die OeNB den Banken, gemeinsam mit Kreditnehmern deren Risikotragfähigkeit zu evaluieren und gegebenenfalls Schritte zur Eindämmung der Risiken zu setzen.

### **Regulatorische Maßnahmen als Antwort auf die Finanzkrise vor Abschluss**

- Die Europäische Kommission präsentierte Ende November ein umfassendes Reformpaket mit dem Ziel, die als Reaktion auf die Finanzkrise vorgeschlagenen regulatorischen Maßnahmen, weitgehend abzuschließen.<sup>6</sup> Die weitreichenden Vorschläge umfassen bspw. die Ausräumung von Schwachstellen und Ergänzungen in Rechtsakten betreffend Eigenkapital und Abwicklung. Darüber hinaus sollen diese durch bisher noch in Umsetzung stehende Maßnahmen ergänzt werden. Dazu zählen die Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Einhaltung einer verbindlichen Verschuldungsquote (Leverage Ratio, LR) sowie jene zur Aufrechterhaltung einer stabilen Refinanzierungsstruktur (Net Stable Funding Ratio, NSFR). Schließlich sollen Konzepte zur Verlusttragung im Abwicklungsausfall, die sich aus den Empfehlungen des Finanzstabilitätsrates bzw. aus dem korrespondierenden EU-Abwicklungsregelwerk ergeben, umgesetzt werden. Der damit initiierte Gesetzgebungsprozess wird 2017 eine intensive Einbindung und Begleitung, neben BMF und FMA auch durch die OeNB erfordern.

<sup>6</sup> Davon unberührt sind die im Rahmen der „Basel III Rekalibrierung“ erarbeiteten und noch in Diskussion stehenden Vorschläge (Überarbeiteter Standardansatz für Kreditrisiko, Überarbeitung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA), Einführung einer Untergrenze für interne Modelle („Output Floor“), neuer Standardansatz für operationelle Risiken.)



## Einführung von mehr Proportionalität als Antwort auf eine Entschärfung der zunehmenden Komplexität in der Bankenregulierung

- Die Bankenlandschaft in Österreich ist sehr heterogen: Sie umfasst sowohl einige große Institute mit einem im internationalen Vergleich jedoch niedrigen Konzentrationsgrad (Anm.: für die fünf größten Kreditinstitutsgruppen beträgt dieser knapp 50 % der konsolidierten heimischen Bankaktiva) als auch viele kleinere Institute. Bei einem Großteil der kleinen Institute (446 Institute) beträgt die Bilanzsumme weniger als EUR 500 Mio. Vor diesem Hintergrund hat die OeNB Überlegungen angestellt, inwiefern für sehr kleine Banken, die zudem auf einem einfachen und risikoarmen Geschäftsmodell basieren, das Prinzip der Proportionalität (Verhältnismäßigkeit) in der Regulierung stärker Berücksichtigung finden kann.
- Die Rahmenbedingungen für Erleichterungen im Sinne des Proportionalitätsgedankens sollen im Level-1-Text (CRR, BRRD, etc.) definiert und festgelegt werden.
- Für kleine/wenig komplexe Institute soll es Erleichterungen im Rahmen der aufsichtlichen Anforderungen geben. Beispielweise zu Säule 2 (aufsichtliches Überprüfungsverfahren) und Säule 3 (Marktdisziplin/Offenlegungspflichten). Zudem gibt es weitere Vorschläge zur Vereinfachung der Berichterstattungs- und Beaufsichtigungsverpflichtungen für kleine/wenig komplexe Institute, die beispielweise die Reduktion des Inhalts und des Detaillierungsgrads für bestimmte Bereiche beinhalten (Sanierungs- und Abwicklungspläne, Vergütungsvorschriften, uäm). Im Ergebnis soll es dadurch zu einer Verringerung der operativen Belastung für die betroffenen Banken kommen.

## Aktuelle Entwicklungen im Bargeldbereich 2016 (Stand 31. Dezember 2016)

- Der Eurobargeldumlauf ist mit 3,9 % *p.a.* Wachstumsrate auf moderatem Niveau.
- Der Banknotenumlauf im Euroraum betrug Ende 2016 1.153,1 Mrd. EUR (+3,9% gegenüber Ende 2015); davon entfielen 1.126,2 Mrd. EUR auf Banknoten und 26,9 Mrd. EUR auf Münzen.
- Es zeigt sich, dass die 50-Euro-Banknote mit 9,2 Mrd. Stück signifikant an Bedeutung im Euroraum gewonnen hat und somit die wichtigste Banknote darstellt. Sie wird sowohl im täglichen Zahlungsverkehr als auch für Bargeldhortung verwendet. Die 100-Euro-Banknote hat ebenso an Bedeutung gewonnen, mitunter aufgrund der EZB-Rats-Entscheidung vom 4. Mai 2016, die 500-Euro-Banknote ab 1. Jänner 2019 nicht mehr auszugeben.
- Da es in einem gemeinsamen Währungsraum nicht mehr möglich ist, exakte Umlaufzahlen der einzelnen Länder zu ermitteln, schätzt die OeNB den österreichischen Umlauf, welcher auf Erstausgabemengen, tatsächlichen Einlieferungen, Umlaufgeschwindigkeit, Banknotenbearbeitung außerhalb der OeNB/GSA basiert und den Banknotengroßhandel berücksichtigt. *Der Wert der umlaufenden Euro-Banknoten beläuft sich in Österreich auf 28,6 Mrd. EUR.*
- Die OeNB hat im Jahr 2016 insgesamt 1,48 Mrd Stück Banknoten an Banken ausgeliefert und 1,60 Mrd Stück Banknoten aus dem Bargeldkreislauf zur Bearbeitung erhalten.

## Falschgeldstatistik 2016

- Von Jänner bis Dezember 2016 wurden in Österreich 12.234 Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Im gleichen Zeitraum 2015 waren es 14.502 Fälschungen.

Für Österreich ist somit ein *Minus von –2.268 Fälschungen (–15,6%)* gegenüber demselben Zeitraum im Jahr 2015 erkennbar.

- Die im Zeitraum Jänner bis Dezember 2016 in Österreich am *häufigsten gefälschte Banknote* war mit 50,1 % der *EUR 50* gefolgt vom EUR 20 mit 23,6% und dem EUR 100 mit 16,5%. Insgesamt sind diese drei Banknoten-Kategorien somit für 90,2% aller Fälschungen in Österreich verantwortlich.

### **Die neue 50-Euro-Banknote**

- Der *Ausgabestart* der neuen 50-Euro-Banknote ist am *4. April 2017*. Zum Ausgabestart werden ca. 5,4 Mrd. Stück der neuen 50 Euro-Banknote produziert sein. In Österreich stehen zum Ausgabestart 150 Mio. Stück neuer 50-Euro-Banknoten zur Verfügung.

Die neuen Banknoten werden an den OeNB-Kassen somit ab diesem Tag verfügbar sein. Die GSA beginnt jedoch erst mit der Kommissionierung von neuen Banknoten, d.h. in den Bankfilialen stehen ES2 EUR50 frühestens am 5. April 2017 zur Verfügung.

- Das Eurosystem gibt vor, die vorhandenen Bestände effizient zu nützen, weshalb in ganz Europa bestehende 50-Euro-Bestände der ersten Serie auch nach dem 4. April ausgegeben werden. In Österreich werden in den ersten beiden April-Wochen 100% der 50-Euro-Banknoten in der neuen Serie ausgegeben. Danach wird umgestellt und teilweise (hauptsächlich über den SB-Bereich) auch alte Serie ausgegeben.

### **Bargeld meist genutztes Zahlungsmittel in Österreich**

- Die OeNB führte Ende 2015/Anfang 2016 eine Umfrage zum Zahlungsverhalten der österreichischen Bevölkerung durch. Die jüngsten Umfrageergebnisse bestätigen, dass Bargeld weiterhin deutlich dominiert.
- Obwohl rund 95% der Befragten angaben, über ein Zahlungskarte zu verfügen, wurden 82% aller Transaktionen und 65% des Volumens 2016 laut Umfrage bar abgewickelt. Mittels Bankomatkarte wurden 10,9% der Transaktionen bzw. 17,3% des Volumens durchgeführt, während 2,7% der Transaktionen und damit immerhin 6,1% des Volumens mit Kreditkarte getätigt wurden.
- Auf Lastschriften und Überweisungen entfielen 8,2% des Volumens und 1,7% der Transaktionen. Zahlungsinnovationen (z. B. Bezahlen per Handy, kontaktloses Bezahlen) spielen insgesamt betrachtet noch eine geringfügige Rolle.